

# Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter  
Rathaus  
80331 München



München, 27.02.2023

## **Keine Kündigungen durch städtische Wohnbaugesellschaften zugunsten von Flüchtlingen**

### **Der Stadtrat möge beschließen:**

Die städtischen Wohnbaugesellschaften werden aufgefordert öffentlich zu erklären, dass sie keine Kündigungen in ihren Wohnanlagen aussprechen werden, um zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen.

### **Begründung:**

In Lörrach wurde 40 Mietern die Wohnung durch die dortige Wohnbaugesellschaft gekündigt, um Platz für die Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen. Ähnliches ist in der Gemeinde Seegräben geschehen.

Auch in München wird es zunehmend schwieriger, die in Massen zuströmenden Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt unterzubringen. Um Fragen von Mietern der städtischen Wohnanlagen zuvorzukommen und möglichen Ängsten entgegenzutreten, sollten die beiden städtischen Wohnbaugesellschaften GEWOFAG und GWG die o. g. Erklärung öffentlich abgeben und darauf verzichten, Münchner Bürger zugunsten von Flüchtlingen zu kündigen. Die Versorgung der Münchner Bevölkerung, insbesondere bei knappen Gütern wie Wohnraum, muss Vorrang vor den Interessen Dritter haben.

### **Initiative:**

Iris Wassill  
ea. Stadträte

Markus Walbrunn  
ea. Stadtrat

Daniel Stanke  
ea. Stadtrat